



Antrag

der Abgeordneten **Katja Weitzel, Dr. Simone Strohmayer, Nicole Bäumler, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl SPD**

Anwerbung und Integration US-amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend ein Konzept zur gezielten Anwerbung und Integration US-amerikanischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu entwickeln und im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst vorzulegen.

Die folgenden Maßnahmen sollen dabei umgesetzt werden:

- Einrichtung unterstützender Infrastrukturen, wie einer Agentur zur schnellen Integration von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern,
- Fast-Track-Programme zur schnellen Visa- und Einwanderungsabwicklung,
- Etablierung einer gezielten Anwerbungs-Kooperation mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen im Rahmen der Hightech Agenda,
- Evaluation von verfügbaren Landes-, Bundes- sowie EU-Fördermitteln sowie ein Aufruf gegenüber der Privatwirtschaft zur Akkumulation von Anwerbemitteln,
- Ausweitung von Stipendien und Forschungspreisen für betroffene Promotionsstudierende,
- Förderung familienfreundlicher Rahmenbedingungen (z. B. Kindergeld-Zuschüsse),
- Bereitstellung von Umzugs- und Wohnraumhilfen durch die Landesregierung,
- Einrichtung einer staatlich geförderten Anwerbekampagnen in englischer Sprache insbesondere mit Fokus auf betroffene US-Behörden wie die Environmental Protection Agency, das Institute of Education Sciences, die National Institutes of Health, die National Oceanic and Atmospheric Administration und die National Science Foundation und
- gezielte Integration deutscher Rückkehrwissenschaftler und -wissenschaftlerinnen sowie amerikanischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in deutsche Universitäten durch beschleunigte Tenure-Track-Verfahren.

Begründung:

Seit dem Amtsantritt von Donald Trump und der Übertragung weitreichender Kompetenzen auf das von Tech-Oligarch Elon Musk betriebene Department of Government Efficiency kommt es in den USA zu drastischen Einschnitten in der Forschungsförderung. Ein ganzer Strauß an Maßnahmen – darunter massive Mittelkürzungen bei der Klimaforschung, der Krebs- und Parkinsonforschung sowie in anderen zentralen Landesbehörden – stellt einen gezielten Angriff auf die Wissenschaft sowie auf den technokratischen Unterbau der USA dar. Betroffen sind auch hochkarätige Institutionen, die bislang das Rückgrat der US-amerikanischen Forschungslandschaft bildeten. Internationale und bundesrepublikanische Wissenschaftsstandorte reagieren bereits: In Frankreich hat die Aix-Marseille-Universität Anfang März das Programm „Safe Place for Science“ gestartet, auch die Universität Paris-Saclay plant ähnliche Initiativen. Norwegen prüft die Einführung von Fast-Track-Visa, selbst die Peking University bietet international gefährdeten Forscherinnen und Forschern gezielt sichere Positionen an. In Deutschland bereiten Bundesländer wie Berlin oder Baden-Württemberg konkrete Maßnahmen vor – etwa über eigene Fonds oder durch die Schaffung einer Landesagentur zur beschleunigten Einwanderung. Die Staatsregierung hingegen hat bislang keinen konkreten Plan vorgelegt, sondern sich lediglich auf einen Berichtsantrag verständigt und verliert damit wertvolle Zeit. Dabei könnte und müsste Bayern längst eigene Schritte einleiten. Zwar liegen konkrete Berufungen und Anwerbungen formal im Zuständigkeitsbereich der Hochschulen, doch kann der Freistaat über gezielte Förderprogramme, Einrichtung von Agenturen und Bereitstellungen von Landesmitteln maßgeblich zum Erfolg der Anwerbeaktion beitragen. Zur Herstellung unmittelbarer Handlungsfähigkeit gegenüber der eigenen Wissenschaftslandschaft sowie gegenüber den betroffenen Wissenschaftlern bedarf es eines umfassenden Konzepts, das eine strategische Antwort auf die massiven Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit in den USA darstellt.

Damit soll Bayern seine Bereitschaft unter Beweis stellen, im aktuell stattfindenden Wettbewerb um wissenschaftliche Fachkräfte aus den USA aktiv mitzuwirken. Der Plan soll nicht nur als strategische Antwort auf den schleichenden Autoritarismus in den USA dienen, sondern auch sicherstellen, dass sich Bayern aktiv als Zufluchtsort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler anbietet, die von der wissenschaftsfeindlichen Politik der Trump-Administration bedrängt werden. Gleichzeitig leistet der Freistaat damit einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Bayern.